



Interviews

"Informationen am Morgen", 23.8.2022, 8:10 Uhr

Nach Skandal um Intendantin Schlesinger und diversen Rücktritten

Wie kann der rbb wieder an Glaubwürdigkeit gewinnen?

Philipp May im Gespräch mit Dieter Pienkny (DGB), kommissarischer Vorsitzender des rbb-Rundfunkrates

Philipp May: „Bloß nicht langweilen!“ Das ist der Werbespruch, neudeutsch Claim, des Rundfunks Berlin-Brandenburg. So gesehen erfüllt der RBB die Erwartungen, wenn auch ganz anders als beabsichtigt. Es ist schon atemberaubend, was in der Affäre um die abberufene Intendantin Patricia Schlesinger scheinbar ans Licht kommt, teilweise recherchiert von den eigenen Mitarbeitern.

Gestern Abend hat der Verwaltungsrat des Senders sogar die fristlose Kündigung Schlesingers entschieden. Die nächste Eskalationsstufe in einem Skandal, der längst nicht mehr nur die Intendantin selbst umfasst. Man verliert schnell den Überblick.

Über all das können wir jetzt reden mit dem kommissarischen Rundfunkratsvorsitzenden Dieter Pienkny, vom Deutschen Gewerkschaftsbund entsandt. Er ist jetzt am Telefon. Schönen guten Morgen.

Dieter Pienkny: Guten Morgen.

May: Eine fristlose Kündigung der Intendantin – war das alternativlos in Ihren Augen?

Pienkny: Das war alternativlos, leider, weil wir ein Zeichen nach außen senden mussten, dass so nicht weiter verfahren werden kann. Die Skandale häuften sich, die Hiobsbotschaften häuften sich und von daher musste die Reißleine gezogen werden, und es war eine eindeutige und einstimmige Entscheidung.

May: Wenn Sie sagen, Sie mussten ein Zeichen nach außen setzen, dann passt das ein bisschen zu dem, was Patricia Schlesinger sagt. Sie sieht sich als Sündenbock und hält die Kündigung für politisch motiviert. Man kann davon ausgehen, dass sie klagen wird. Ist Ihnen nicht bange vor einem Gerichtsprozess jetzt?

Pienkny: Ich habe auch die Kommentierung ihres Anwalts gelesen und ich finde es schon sehr dreist, wenn man sich noch mal vor Augen führt – Ihre Kollegin hat es ja gerade in vorzüglicher Weise gemacht -, welche Sachen man sich da geleistet hat im RBB, wie man mit dem Geld umgegangen ist, wie die Abfindungen gelaufen sind bei RBB Media und solchen Geschichten. Wenn man sich das alles nebeneinander anguckt, dann zu sagen, es ist eine politische Entscheidung, sie zu entlassen, muss ich ehrlich sagen, das ist eine völlige Verkehrung der Tatsachen. Da hat jemand wirklich nicht mehr die Realität auf dem Schirm.

May: Wie soll es denn jetzt weitergehen? Der Interimsintendant Hagen Brandstätter soll auch ausgewechselt werden beziehungsweise soll auch nicht weitermachen, ist krankgeschrieben. Ist der Sender derzeit führungslos?

Pienkny: Der Sender ist nicht führungslos. Die Amtsgeschäfte wird Herr Dr. Schulte-Kellinghaus übernehmen. Das ist der Programmdirektor, der eigentlich in den letzten Jahren jeden Euro zusammengekratzt hat, um Programm zu machen. Wenn man sieht, was auf der anderen Seite verschwendet wurde in diesem Sender, wenn einige diesen Sender als Selbstbedienungsladen ausgenutzt und ausgebeutet haben, muss ich ehrlich sagen, diesen Job wünsche ich niemandem. Aber ich hoffe, dass mit ihm erst mal ein Stück weit Ruhe in den RBB kommt. Ich war gestern Abend bei der Premiere der letzten Staffel „Schicksalsjahre von Berlin“, eine vorzügliche Doku, um klarzumachen und zu unterstreichen und die Wertschätzung zum Ausdruck zu bringen, dass die Kolleginnen und Kollegen im RBB nach wie vor hervorragende Arbeit leisten. Das darf man nicht vergessen.

May: Aber viele fragen sich auch, können die anderen Direktoriumsmitglieder überhaupt bleiben? Kann auch der Verwaltungsrat bleiben, nachdem auch die ARD-Intendantinnen und Intendanten dem RBB das Vertrauen entzogen haben? Ist da noch überhaupt eine Vertrauensbasis vorhanden?

Pienkny: Es muss Gremien geben, die jetzt Entscheidungen fällen, und eine Entscheidung wurde gestern Abend gefällt vom Verwaltungsrat. Wenn jetzt alle Gremien weggehauen werden, entlassen werden, dann ist niemand da, der die Geschicke lenkt. Es muss vielleicht in der nächsten Zeit über Übergangs-Manager entschieden werden. Es muss über Verträge entschieden werden im Verwaltungsrat. Wir brauchen Übergangslösungen und wir brauchen Verlässlichkeit. Im nächsten Frühjahr sind ohnehin Neubesetzungen, beispielsweise des Rundfunkrates, und bis dahin muss der Schutt weggeräumt werden im RBB. Da gibt es noch viele gute Entscheidungen zu treffen.

May: Wer könnte denn den Schutt wegräumen? Es wird jetzt gesagt, dass jemand von außen kommen soll. Haben Sie da schon eine Person im Blick?

Pienkny: Es werden viele Namen im Augenblick gehandelt. Frau König, Interimsvorsitzende des Verwaltungsrates, ist seit Wochen in der Spur und kümmert sich akribisch darum. Ich kann noch keine Namen nennen. Es werden viele genannt derzeit. Das wird sich ein Stück weit herauskristallisieren. Wir haben heute einen Termin in der Staatskanzlei Brandenburg, die Rechtsaufsicht über den RBB hat. Es muss ja im Rundfunkstaatsvertrag eine Formulierung gefunden werden, eine juristische Begleitung der ganzen Geschichte, weil dieser Fall in einem Rundfunkstaatsvertrag noch nicht vorgesehen ist: Intendantin wird entlassen und es gibt einen Übergangs-Manager. Dieser Passus existiert nicht in einem Rundfunkstaatsvertrag. Also muss man einen Weg finden, juristisch abgesichert, um diese Lösungsmöglichkeit jetzt abzurufen.

May: Dass der Rundfunkrat, der am Donnerstag tagt und auch für die Ernennung des Intendanten verantwortlich ist, am Donnerstag so etwas wie einen Übergangsintendanten ernennt, das ist eher unwahrscheinlich?

Pienkny: Ich kann das nicht absehen. Wie Stefan Heym mal sagte: Das Wort veraltet im Mund. Wir haben jeden Tag Ereignisse, die sich überschlagen. Es kann sein, dass heute oder morgen bereits jemand gefunden wird. Wir werden sehen. Wir haben am Donnerstag eine Sondersitzung nach diesen ganzen Vorkommnissen der letzten Tage im Rundfunkrat. Da müssen wir uns ein Meinungsbild herstellen. Ich hoffe sehr, dass wir sehr schnell zu Potte kommen. Aber lieber eine sichere Lösung als eine vorschnelle, die dann nachher sich selber auflöst. Ich bin jetzt gegen Schnellschüsse.

May: Sie haben gesagt, es muss Leute geben, die den Schutt wegräumen. Deswegen soll jetzt nicht das gesamte Direktorium abberufen werden. Kann es denn funktionieren, wenn die Geschäftsleitung beispielsweise ihren eigenen Schutt wegräumen soll beziehungsweise ihr eigenes mögliches Fehlverhalten auch aufklären soll?

Pienkny: Es müssen vertrauensbildende Maßnahmen her. Das ist mal so leicht gesagt, aber es müssen wirklich Leute in den RBB geholt werden, die beispielsweise dafür sorgen, dass sich die Wogen glätten, die Gesprächsfäden knüpfen, die nicht zur Geschäftsleitung gehören. Aber an diesen Lösungen wird gerade gebastelt, weil niemand diese Lösungen im Schreibtisch hat. Es gibt keinen Plan B, wenn eine ganze Führungsriege wegfällt. Da sind wir akribisch dabei, diese Lösungen zu finden.

May: Haben Sie noch Vertrauen?

Pienkny: In wen?

May: In die Geschäftsleitung?

Pienkny: Unterschiedlich, weil die Vorwürfe unterschiedlich sind, weil die Kolleginnen und Kollegen unterschiedlich belastet sind. Da ist eine Anwaltskanzlei am Ball, um das akribisch aufzuklären. Da bin ich sehr hoffnungsvoll, dass das funktioniert. Das Recherche-Team im RBB arbeitet auch vorzüglich. Ich hoffe, dass sich viele Unterstellungen als Unterstellungen erweisen und nicht den Tatsachen entsprechen, aber im Augenblick ist es ein sehr unsicheres Klima. Das einzige, was ich im Augenblick machen kann, ist, die Kolleginnen und Kollegen zu ermutigen, im RBB ihre Arbeit zu machen, und die machen sie professionell, weil dieser RBB seit 19 Jahren vorzügliche Arbeit in der Region leistet, in der Hauptstadtregion. Von daher kann man nicht alles in den Orkus werfen, wenn jetzt die Geschäftsleitung in einigen Teilen Fehlverhalten gezeigt hat. Das muss aufgeklärt werden, aber da bin ich optimistisch.

May: Warum hat die Kontrolle von Verwaltungsrat und Rundfunkrat offensichtlich nicht funktioniert?

Pienkny: Das ist eine gute Frage. Ich habe gestutzt, als ich am 9. August in der Abendschau, der Regionalschau des RBB, die Compliance-Beauftragte gehört habe, die gesagt hat, die Intendantin sei schwierig zu kontrollieren. Da habe ich gedacht, natürlich muss die

Intendantin auch kontrolliert werden, die gesamte Geschäftsleitung. Überall muss mindestens das Vier-Augen-prinzip herrschen. Das hat augenscheinlich nicht funktioniert, da ist viel durchgerutscht, da ist viel durchgewunken worden, da ist Fehlverhalten da. Von daher: Wenn man das jetzt verfolgt, dann ist das keine politische Verfolgung; dann ist das eine Aufklärung, wo Schindluder betrieben wurde, wo wirklich mit Gebührengeldern fahrlässig umgegangen wurde, verschwendet wurde. Das ist aufklärungsbedürftig. Compliance hat versagt, die Revision hat offensichtlich auch versagt, im Verwaltungsrat hat Herr Wolf die Fäden in der Hand gehabt. Wir haben das Gefühl, dass das nicht immer alles so koscher gelaufen ist.

May: Herr Wolf, gegen den jetzt auch ermittelt wird.

Pienkny: Da muss aufgeklärt werden. Die Anzeichen deuten darauf hin, dass er die Fäden in der Hand hielt und nicht mit offenen Karten gespielt hat. Da kommen einige Sachen zusammen. Wir sind ja im Rundfunkrat nicht für die klassischen Wirtschafts- und Finanzgeschäfte zuständig. Die Kontrolle darüber hat der Verwaltungsrat. Wir kontrollieren das Programm und ernennen die Direktoren beziehungsweise die Intendanten. Ich denke, da muss viel aufgeklärt werden, und wir sind am Ball, aber es dauert, weil es ein Wust an Materialien ist, der gesichtet und ausgewertet werden muss.

May: Dennoch hat Friederike von Kurzbach, die Sie jetzt als Vorsitzende beerben, persönliche Konsequenzen gezogen und ist zurückgetreten von der Spitze des Rundfunkrates, weil sie sagt, sie will einem Neuanfang nicht im Wege stehen. Haben Sie an einen ähnlichen Schritt gedacht?

Pienkny: Das Problem ist ja: Wenn der gesamte Rundfunkrat zurücktritt und der gesamte Verwaltungsrat, haben wir eine Vakanz. Wer verabschiedet denn oder wer genehmigt denn Arbeitsverträge? Wer guckt sich denn an, wie die Ergebnisse der Recherchen sind, der Aufklärung? Die Gremien müssen ja funktionsfähig sein. Die Neuwahl, die Neubesetzung des Rundfunkrates ist erst im nächsten Frühjahr, im Februar, und bis dahin haben wir eine Frist, um diese Aufklärungsarbeit voranzutreiben, in erster Linie der Verwaltungsrat, der aber wirklich auch dabei ist und das sehr wirkungsvoll betreibt.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.